

# „Schlechte Stimmung in der Landespolizei.“ ... so titelten die Kieler Nachrichten im August

Sommerloch? Ein publizistischer Feldzug einer Tageszeitung gegen die Polizei? Mitnichten. Stimmungen muss man fühlen. Um eine Stimmung fühlen zu können, benötigt man Aufmerksamkeit und Empathie. Stimmungen kann man nicht durch Umfragen und Workshops „bearbeiten“. Und wenn man schlechte Stimmungen nicht wahrnimmt, heißt das ja nicht, dass es sie nicht gibt.

Was schrieben die Kieler Nachrichten? Da geht es um einen Innenminister, der unglücklich agiert. Der sich Mühe gibt, aber irgendwie nicht ankommt in der Polizei. Der noch vor Jahresfrist mit Zähnen und Klauen die Streichung von 282 Planstellen bei der Polizei verteidigte und vertrat, dass sei ohne Sicherheitsverlust zu machen. Der Haushalt sei wichtiger als die Sicherheit, so konnte man das auch verstehen.

Nun möchte er irgendwie gelobt werden, dass es bis zu 400 zusätzliche Stellen gibt, weil

die Sicherheitslage sich verändert hat. Die hat sich aber heute und über Nacht verändert, zusätzliches Personal für Entlastungen steht erst in zwei-

auf Sicht und ohne Kompass. Oder soll das Personal dahin, wo am lautesten geschrien wird?

Durch die Presseveröffentlichungen angepiekst beschwört man, diese Landesregierung habe so viel für die Polizei getan wie keine andere. Bei genauerem Hinsehen relativiert sich das. Unbestritten hat sich etwas bewegt im Bereich der Schichtdienstvergütung, was aber eher symbolischen Charakter hat. Zuschläge für Nacht- und Wochenenddienste unter fünf Euro pro Stunde wa-



einhalb Jahren zur Verfügung. Zudem ist da immer noch irgendwie ein Haushaltsvorbehalt eingebaut und ein schlüssiges Konzept, wie man die zusätzlichen Schutzleute nun am sinnvollsten einsetzt, gibt es auch noch nicht. Sollte man an eine zweite Einsatzhundertschaft denken, müsste man sich um Kleinigkeiten wie Liegenschaften kümmern. Das wirkt wie eine Fahrt im Nebel

ren und sind unredlich. Bei der Beschaffung von persönlichen Ausrüstungsgegenständen hat sich das Land in der Tat nicht lumpen lassen. Aber auch da muss konstatiert werden, dass in einer prekären Sicherheitslage nur eine ordentlich ausgestattete Polizei handlungsfähig ist. Wengleich das für den Haushalt eine „teure Tasse Tee“ gewesen sein mag, eine angemessene Schutzrüstung ist



> Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender

etwas, was man von seinem Arbeitgeber erwarten darf, ohne dankbar sein zu müssen.

Und dann war da noch ein Perspektivpapier des Innenministers, welche Strukturverbesserungen er für die Polizei so plant. Von diesen Maßnahmen war im nächsten Haushalt nichts wiederzufinden. Auf Nachfrage gab es eine nebulöse Vertröstung auf den Nachtragshaushalt und außerdem sei das alles sehr mittelfristig geplant. Wir haben den Innenminister genau vor dieser Situation gutmeinend gewarnt. Zu oft schon wurden der Polizei Versprechungen gemacht, die hinterher gebrochen wurden.

Hinzu kam eine Reihe von Kommunikationspannen, bei denen man den Eindruck haben konnte, kein Fettnäpfchen darf ausgelassen werden. Zugegeben, an manch einer Stelle wirkte die mediale „Skandalisierung“ von Sachverhalten schon etwas weit hergeholt. Beispielsweise bei dem Wirrwarr um die Zahlen über Wohnungseinbrüche, über die polizeiliche Darstellung von Fällen der Kriminalität mit Flücht-

## Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)

DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolg.sh](http://www.facebook.com/dpolg.sh)



ISSN 0937-4841



lingsbezug und zuletzt über die Vorfälle in der PD AFB. Festzustellen war jedenfalls, dass der Umgang mit diesem Medien-echo auch Schaden in der Motivation in der Mitarbeiterschaft anrichtete. Die schlechte Außendarstellung betrifft den gesamten Personalkörper. Ja, und an der einen oder anderen Stelle hätte man sich einen Innenminister gewünscht, der sich auch mal mit großer Geste vor die Polizei stellt und im Landtag oder Innen- und Rechtsausschuss eine Brandrede für die Polizei hält.

So bleibt festzuhalten, die Stimmung in der Landespoli-

zei ist schlecht. Langanhaltende schlechte Stimmung geht auf die Leistungsbereitschaft.

Bleibt die Frage, was kann man tun, um die Stimmung zu verbessern?

Zum einen braucht es ein klares politisches Bekenntnis zur Polizei und keine Misstrauensbeweise wie beim Durchdrücken des Amtes der Polizeibeauftragten.

Die Polizei braucht verlässliche Strukturen und keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage. Nur mit einer vernünftigen

Personal- und Sachausstattung lässt sich ordentliche Sicherheitsarbeit erledigen. Es bedarf einer Verstärkung bei der Personalbemessung und vor allem im Bereich der Strukturverbesserungen, spricht Karriereaussichten.

Die Polizei braucht aber auch klare Grenzen zwischen politischer und polizeilicher Führung. Es muss erkennbar bleiben, wo Maßnahmen in der Politik getroffen wurden und wo Politik die Entscheidungen an Polizeiführung abgegeben hat, um im Rahmen eigener Verantwortung zu agieren.

Und es ist wichtig, dass die Polizei auch nach Phasen der Veränderungsprozesse Phasen der Konsolidierung erhält. Wenn gefühlt die Hälfte der Landespolizeiorganisation Bestandteil von Begutachtungen in Arbeitsgruppen ist, lenkt das von unserer ursprünglichen Aufgabe ab. Es ist doch klar, dass Veränderungsängste leistungshemmend sind.

Schlussendlich bleibt die Forderung: „Lasst uns endlich unsere Arbeit machen! Für den Bürger und nicht für die Politik!“

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

## DPOIG S-H informiert sich auf der GPEC 2016

Auf der Internationalen Fachmesse und Konferenz für Polizei- und Spezialausrüstung informierte sich die DPOIG Schleswig-Holstein über Schutzausrüstung und Ausrüstung.

Die Bedrohung der Polizeibeamten/-innen im täglichen Dienst, bei geschlossenen Einsätzen und durch den internationalen Terror erfordert eine ständige Anpassung und Verbesserung unserer Ausrüstung.

An zwei Tagen auf der Messe konnte ich mich umfassend über Möglichkeiten der Ausstattung von Polizeibeamten/-innen informieren. Das Angebot der Aussteller war sehr vielseitig. Vom voll vernetzten Streifenwagen über neue Möglichkeiten der Spurenauswertung bis hin zu Schutzausrüstung und Bewaffnung war alles vertreten.

In Sachen Schutzausrüstung habe ich festgestellt, dass es im Bereich des Vollkörperschutzes für geschlossene Einheiten durchaus Neuerungen am Markt gibt. Diese sind teilweise variabel aufgebaut, damit sie der jeweiligen Ein-

satzlage angepasst werden können. Hier gibt es unterschiedliche Materialien, von Aluminium bis Kunststoff. Bei den eingesetzten Materialien ist teilweise der Stichschutz bereits gewährt, sodass von den Kollegen/-innen weniger Schichten auf dem Körper getragen werden müssen, was die Bequemlichkeit erheblich steigern würde.

Um für die Formen von terroristischen Anschlägen besser geschützt zu sein, ist ein erhebliches Mehr an Schutz und Bewaffnung erforderlich. In diesem Bereich bieten die verschiedenen Hersteller diverse Möglichkeiten.

Hier ist in erster Linie die Frage zu klären, wieviel Schutz für die Kollegen/-innen im polizeilichen Einzeldienst möglich ist, ohne die Handlungsfähigkeit zu weit herabzusetzen.



> DPOIG-Stand bei der GPEC 2016

Auch in Sachen der Bewaffnung sollten neue Wege beschritten werden. Gegen Sturmgewehre ist die Bewaffnung der Schleswig-Holsteinischen Polizei hoffnungslos unterlegen. Auch die vorhandenen Gewehre können nur eine vorübergehende Notlösung sein. Geeignete Waffen gibt es von verschiedenen Herstellern. Ein vergleichbares System zu bereits vorhandenen Waffen würde die Aus- und Fortbildung jedoch erleichtern.

In erster Linie ist die Politik gefragt, wieviel ihr der Schutz der Polizei wert ist. Ohne ausreichende finanzielle Mittel ist der Kampf gegen den Terror nicht zu leisten.

Die DPOIG vertritt die Meinung, dass besonnen, aber zügig gehandelt werden muss. Die jüngsten Ereignisse in Bayern zeigen, dass uns in dieser Sache nicht viel Zeit bleibt.

*Sven-Erik Haase,  
Kreisverband Itzehoe*

# Gewalt gegen Behördenmitarbeiter muss deutlicher sanktioniert werden!

Angriffe gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte sowie Behinderungen deren öffentlicher Auftragswahrnehmung dürfen keinesfalls weiter hingenommen und bagatellisiert werden.

Wenngleich die „üblichen Verdächtigen“, wie etwa Professor Rafael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg, es immer wieder zu relativieren versuchen und es insbesondere Polizeigewerkschaftlern anlasten, durch vermeintlich überzogene Klagen die Bevölkerung zu verunsichern – die Schaffung derartiger Normen ist zwingend erforderlich!

Soweit es die Polizei betrifft, kann man (Behr) natürlich höchst akademische Thesen aufstellen. Vergrößert wiederzugeben etwa in dem Sinne, der Gesellschaftsvertrag (vergleiche Vertragstheorie nach Thomas Hobbes, 1561, im Leviathan), und wesentlich die Übertragung der Wahrnehmung des staatlichen Gewaltmonopols bedinge zwangsläufig einer Begegnung mit Gegengewalt und die Polizeibeamten hätten das (gefälligst) auszuhalten.

Ach was! Ersteres stimmt natürlich – die Schlussfolgerung selbstverständlich so nicht, sondern nur dahingehend, dass dem professionell begegnet werden muss. Und das tun wir stets trotz aller Schwierigkeiten und Behinderungen (beispielsweise chronischer Personalmangel!). Uns kann die Bevölkerung dennoch sicher vertrauen!

Wenigstens in der Folge kann das aber nicht bedeuten, die Realität zu verniedlichen und den Eindruck zu erwecken, die illegale stehe der legalen



DPoIG

Gewaltanwendung auch nur andeutungsweise gleichgewichtig gegenüber. Nein, der Staat darf niemals seine Wertvorstellungen aufgeben.

Jeder Angriff auf im Auftrag unseres demokratischen staatlichen Gemeinwesens handelnde Personen ist immer zugleich auch ein Angriff auf den Staat selbst und dessen Rechtsordnung sowie Werte.

Und nein, Herr Behr, wir sind keine Jammerer. Ich bin kein Statistiker und will es auch nicht werden – ich bin seit 43 Jahren Schutzmann und weiß auch, dass es körperliche Angriffe gegen Polizeibeamte immer gegeben hat. Aber die offensichtlichen Tatsachen der deutlichen Zunahme von Respektlosigkeit, verbaler Aggressivität, eskalierender Gewaltbereitschaft und deren tatsächlicher Anwendung (und zwar vor einem heute strafrechtlich relevanten Widerstand im Sinne des § 113

StGB) bestehen. Die Tendenz ist steigend.

Ein relativ neues Phänomen und besonders verwerflich ist, dass sich diese Verhaltenswei-

sen nicht selten sogar gegen Helfer und Retter richten. Mittlerweile müssen selbst Angehörige der sonstigen öffentlichen Verwaltung gegenüber solchen Problemen bestehen.

Und nochmals nein, es ist keine Verunsicherung der Bevölkerung, wenn wir auf diese untragbaren Verhältnisse hinweisen.

Ja, wir Polizeibeamte müssen unausweichlich mit Gewalt irgendwie leben, wir sind diejenigen, die diese – wenn nötig und mit Eingriffsermächtigung – nicht nur anwenden dürfen, sondern müssen. Wir tragen dabei stets vom Berufsethos sowie Beamtenpflichten jedwede Verantwortung und jedwedes Risiko.

Dann dürfen wir aber auch erwarten, dass dieser Staat uns in jeder Weise so gut es irgend geht schützt – und beim Eintritt von Schäden unterstützt.

Für Angriffe auf Helfer und Rettungskräfte, ob haupt- oder sogar ehrenamtlich, und andere öffentlich Beschäftigte, die nicht über unsere Ausbildung, unsere Funktion und Gewaltanwendungsrechte verfügen, muss dieser Schutz- und Unterstützungsanspruch der Gemeinschaft umso mehr gelten!

Die bestehenden Ahndungsvorschriften wie etwa Körperverletzungsdelikte, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte reichen wegen ihres bisherigen Regelungsrahmens zur Verbesserung der Lage keinesfalls aus. Es fehlt namentlich an einer Tatbestandsformel zu „Angriff“ und zu dessen Sanktionierung. Die Einordnung sollte als wirkungsvolles Officialdelikt erfolgen.

Von bestimmten politischen Kreisen wird stets erneut das scheinbar intelligente Postulat „das bringe nichts“ hervorgeholt. Soll heißen, eine generalpräventive Wirkung solcher Vorschriften sei erfahrungsgemäß nicht zu erwarten. Das mag, bei wiederum nicht konsequenter Anwendung, sogar sein. Doch auf diesen Strafzweck allein kommt es jedoch nicht an. Es geht mindestens auch darum, ein Zeichen zu setzen: „Wir dulden das nicht ...!“

Sinnvoll und notwendig wären zudem auch, deutlich spürbare Ahndungsvorschriften (Bußgelder) zu Belästigungen, Behinderungen und Gefährdungen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung durch „Gaffer“ und andere Störer zu schaffen.

Jochen Einfeldt,  
Kreisverband Itzehoe

## „Aufstiegsstudium an der FHVD in Teilzeit“

So lautete der Titel des im Mai durchgeführten Workshops an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz (FHVD).

Nachdem zuerst mehrere Workshops in den einzelnen Direktionen stattfinden sollten, die Meldungen über selbige jedoch von den Behörden teilweise nicht weitergeleitet wurden, fanden diese aufgrund der geringen Rückmeldungen nicht statt.

Stattdessen wurden nun zum „zentralen“ Workshop in Altenholz geladen. Leider fanden sich nur etwa 15 interessierte Kolleginnen und Kollegen ein. Bei dieser geringen Teilnehmerzahl blieb die Frage natürlich offen, ob es überhaupt einen ausreichenden Bedarf für das Teilzeitstudium gibt. Das Innenministerium verweigerte sich einer vorherigen Bedarfs-erhebung.

### Fakten zum Teilzeitstudium:

Geplanter Start ist August 2017. Aufgrund der geschilderten Problematik ist jedoch mit einem späteren Studienstart zu rechnen.

An alle Interessierten werden die gleichen Auswahlanforderungen wie für die regulären Studenten gestellt. Auch die Studieninhalte und die Leistungsanforderungen bleiben dieselben.

Vorgesehen sind Beamte mit einer Teilzeitbeschäftigung von 20,5 Stunden. Ein Fernstudium kommt aufgrund der enormen Kosten wegen der bereitzustellenden IT nicht in Betracht.

Zur Auswahl stehen zurzeit drei Modelle mit, je nach Modell, zwei bis vier Präsenztage je Woche. Es sollen Studienta-

ge festgelegt und eine hohe Verlässlichkeit dieser Tage gewährleistet werden.

### Kritik:

Aufgrund der geringen Teilnehmerzahl und der Tatsache, dass sich das Ministerium einer Bedarfsabfrage verweigerte, ließ sich aus meiner Sicht kein ausreichendes Stimmungsbild produzieren, welches Modell tatsächlich das favorisierte wäre.



Vista-pixelio.de

Auch die vorläufige, starre Festlegung auf einen Teilzeitstundensatz von 20,5 Stunden sollte überdacht und flexiblere Studien-/Arbeitszeitmodelle ermöglicht werden. Dieser Wunsch wurde durch mehrere Teilnehmer vor Ort geäußert.

die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums geschaffen werden soll. Somit bleiben auch Teilzeitkräfte nicht in ihrer Laufbahn „hängen“ und haben die Chance, sich beruflich weiterzuentwickeln.

Positiv überrascht konnte man dennoch sein, dass überhaupt

*Markus Müller,  
Landesjugendleiter*

**DPoIG Einsatztasche** **HIIERO**  
POLICE EQUIPMENT

Name: Hunterbag  
Hersteller: Hiiero  
Material: Nylon  
Maße: 60x34x30

Bei uns zum Preis von **30 €** incl. Patches.  
Nur für Mitglieder DPoIG SH, max. eine Tasche pro Mitglied.  
Wer ein Neumitglied wirbt erhält max. eine Tasche gratis oder einen 25 € Gutschein. Bestellung über DPoIG SH (dpolg-sh@t-online.de) oder bei Eurem Kreisverband.